

# DIE LINKE. / KONTAKT

AKTUELL  
EHRlich  
KOMPETENT

INFORMATIONSBLETT DES KREISVERBANDES EICHSFELD AUSGABE JULI 2016

## Liebe Genossinnen und Genossen!

In den Sommermonaten tagt der Deutsche Bundestag nicht und man spricht oft von einem politischen Sommerloch, in dem nicht viel passiert. Diesen Sommer ist das anders: die öffentliche Diskussion um ein Bündnis von SPD, Grüne und LINKE verschafft sich mehr und mehr Zulauf, die Amerikaner küren nun offiziell ihre Präsidentschaftskandidaten, in der Türkei kommt es zu einem Putschversuch und in Nizza hat ein Terroranschlag weitreichende Folgen auf die Innen- und Außenpolitik Frankreichs. Primär werde ich mich diesen Monat jedoch mit dem Thema Rot-Rot-Grün auseinandersetzen.

Ich wünsche allen Genossinnen und Genossen noch ein paar schöne und erholsame Sommertage.

## Diskussion um Rot-Rot-Grün im Bund nimmt Fahrt auf

Bereits im Mai habe ich über Sigmar Gabriels Treffen mit Oskar Lafontaine geschrieben, hielt es jedoch für machtpolitisches Kalkül. Mittlerweile hat sich auch Jürgen Trittin mit Lafontaine getroffen, in den Medien äußern sich immer mehr Politiker der betreffenden Parteien über die Koalitionsmöglichkeit, auf Facebook findet man bereits eine professionell aufgezugene Unterstützerseite namens „Rot-Rot-Grün 2017“. Auch die dazugehörige Website (<http://rot2gruen.de>) wirkt sehr professionell aufgezugon, mit Sicherheit wurde sie von den R2G-befürwortenden Politikern initiiert und unterstützt. In einer Liste der Politiker, die 2017 eine rot-rot-grüne Koalition im Bund unterstützen, kann man bereits viele prominente Namen finden: Gesine Schwan (SPD) spricht von R2G als „einziger Alternative“, Jürgen Trittin (Grüne) möchte „im Zweifel mit Sahra“ koalieren (sie sei „einfacher“ als Seehofer) und auch Anton Hofreiter (Grüne) blickt optimistisch auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl. Aus unserer Partei erfährt die Idee Rot-Rot-Grün auch prominente Unterstützung, z.B. durch Gregor Gysi oder Bodo Romelow.

Nicht alle sind dabei so euphorisch, einige Spitzenpolitiker der drei Parteien treffen bereits Bedingungen. So mahnte Sahra Wagenknecht einen sozialpolitischen Kurswechsel der SPD an, sozusagen als Vorbedingung. Wagenknecht fordert „eine Politik zur Wiederherstellung des Sozialstaates“, die die „Verheerungen der Agenda 2010“ zurücknimmt. Thomas Oppermann, SPD Fraktionschef, fragte sich im „Tagesspiegel am Sonntag“, ob es „genügend Vertrauen“ und „Verantwortungsbereitschaft“ bei den möglichen Regierungspartnern gibt. Zugleich forderte er von den Linken ohne Vorbehalte zu akzeptieren, „dass jede Bundesregierung der internationalen Verantwortung Deutschlands etwa im



R2G hat auf Facebook bereits über 10'000 Fans und wirbt für eine Linke Zukunft, Foto: Facebook

Rahmen der NATO jederzeit gerecht werden muss.“

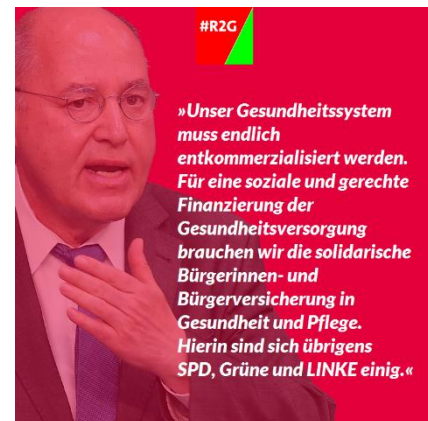
Bodo Ramelow rät der Linken, „an der NATO-Frage diese Koalitionsmöglichkeit nicht unmöglich zu machen“. Die Erfahrungen von knapp zwei Jahren Rot-Rot-Grün in Thüringen zeige, dass Themen, die unter den Parteien strittig sind, nicht in jedem Fall endgültig entschieden werden müssen.

## Meine Gedanken zu Rot-Rot-Grün

Generell war ich gegenüber diesem Modell immer sehr kritisch. Schließlich sind SPD und Grüne für die Agenda 2010 verantwortlich, für den Krieg in Afghanistan und für die Senkung des Spitzensteuersatzes. Zu tief scheint der Graben zwischen den progressiven Kräften in diesem Land, als dass sie eine stabile Regierung miteinander bilden könnten. Doch was wäre die Alternative zu Rot-Rot-Grün? Und stellt man sich diese Frage, wird eigentlich klar, dass wir den bisherigen Weg nicht weitergehen können. Denn wird nach der Bundestagswahl 2017 die Regierung nicht von der SPD geführt, so kann dies nur die CDU tun – und das macht sie bereits seit über 10 Jahren. Und weitere vier Jahre möchte ich weder Angela Merkel als Kanzlerin, noch die CDU in der Regierung sehen. Schließlich war es doch Angela Merkel, die ihrer Partei mit der Bankenrettung und der Flüchtlingskrise so dermaßen vor den Kopf stieß und die CDU mehr und mehr in die Mitte rückte, sodass am rechten Rand des politischen Systems ein Vakuum entstehen konnte, in das sich nun die AfD festgesetzt hat. Die Vergabe der faulen Kredite an Griechenland führte letztendlich zur Gründung der AfD, die zunächst nur europaskeptisch einzuordnen war. Mit der Flüchtlingskrise goss Merkel weiter Öl ins Feuer der AfD und machte es möglich, dass sich nun eine Partei rechts der CDU ins politische System eingliedern konnte. Merkel, deren Machtbewusstsein man nicht unterschätzen sollte, wurde auch vorgeworfen das Aufkommen der AfD gewollt zuzulassen: je mehr Parteien im Parlament, desto schwieriger wird eine Regierungsbildung links der CDU. Ich bin der Meinung, dass, sofern die Möglichkeit besteht, sich SPD, Grüne und Linke zusammenschließen müssen um die CDU endlich wieder in die Opposition zu schicken. Denn nur dort hat sie die Möglichkeit, entweder wieder weiter nach rechts zu rücken, um Wähler von der AfD zurückzuholen oder unterzugehen. Doch wie soll man die Differenzen zwischen SPD, Grünen und Linken aus dem Weg räumen? Zunächst einmal muss SPD und Grünen klarwerden, dass sie in dieser Konstellation ihren Wahlversprechen am ehesten nachkommen können, da sie ideologisch als Mitte-Links Parteien natürlich eher an den Linken liegen als an der CDU. Und den Linken muss bewusstwerden, dass Rot-Rot-Grün die einzige Machtoption ist, die sie haben – die einzige Möglichkeit, etwas zu bewegen und zu gestalten in diesem Land.

Letztendlich könnte das Land durch eine Rot-Rot-Grüne Koalition endlich Schluss machen, mit einer Zweiklassenmedizin. Alle drei Parteien unterstützen eine für alle in Deutschland lebende Menschen einheitliche Bürgerversicherung, in die tatsächlich auch alle einzahlen müssen. Alle drei Parteien fordern eine gerechtere Lohnpolitik und setzen sich dafür ein, dass typische Frauenjobs wie der der Krankenschwester oder der der Erzieherin endlich ebenso gut bezahlt werden, wie Männer in vergleichbaren Jobs. Auch fordern alle drei eine verantwortungsvolle Energiepolitik, sowie Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. Man sollte sich vielleicht tatsächlich mehr um die Dinge kümmern, die alle drei einen, als auf die, die trennen.

Doch was soll man letztlich mit diesen Themen machen? Welche Kompromisse kann DIE LINKE eingehen, ohne ihr Profil zu verlieren? So sehr ich Rot-Rot-Grün unterstütze, möchte ich nicht, dass DIE LINKE Kriegs- und Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmt. Wir müssen Politik neu denken und



Gregor Gysi zu Rot-Rot-Grün,  
Foto: #R2G

neue Lösungen finden: im Bundestag wird es immer eine Mehrheit für NATO oder Kriegseinsätze geben, auch mit linker Regierungsbeteiligung. Gerade bei solch essentiellen Fragen sollte es den Abgeordneten möglich sein, nach ihrem Gewissen abzustimmen und sich nicht einem Fraktionszwang zu unterwerfen, nur um eine nichtssagende Regierungsmehrheit zu erreichen. Unsere Partei könnte so ihr Gesicht wahren und sich weiter gegen den Krieg positionieren. Forderungen von einigen Politikern aus SPD und Grünen, DIE LINKE solle bitte vorbehaltlos die NATO und Auslandseinsätze der Bundeswehr akzeptieren, halte ich für höchst undemokratisch. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die sich friedenspolitisch engagiert und einsetzt und damit den Wünschen des Grundgesetzes und der deutschen Bevölkerung, die mehrheitlich Kriegseinsätze mit Beteiligung der Bundeswehr ablehnt, nachkommt. DIE LINKE hier mundtot zu machen, wäre ein Schlag ins Gesicht der repräsentativen Demokratie und der in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürger. Denn Politiker sind nur Repräsentanten des Volkes und müssen den Forderungen und Wünschen der Bevölkerung nachkommen. Gibt DIE LINKE ihre friedenspolitischen Positionen auf, wird sich die AfD gerne einer solchen Politik bemächtigen um noch mehr Zuspruch zu bekommen.

Ich denke, dass Rot-Rot-Grün eine hervorragende Möglichkeit wäre, dieses Land sozialer und gerechter zu gestalten. Es bietet die Möglichkeit, die CDU endlich wieder in die Opposition zu schicken, wo sie wieder in direkter Konkurrenz zur AfD um gemeinsame Wählermilieus steht. Die drei progressiven Parteien müssen sich auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren und scheinbar unüberwindbare Differenzen neue Lösungen finden. Nur dann kommt dieses Land endlich ein gutes Stück voran für die Mehrheit der Menschen in diesem Land – und nicht nur für die 1% an der Spitze der Pyramide.

### **Pressemitteilung des Kreisvorstandes zum Brexit**

Am 24.06. stimmte eine knappe Mehrheit der Briten für den Austritt Großbritanniens aus der EU. Der Kreisverband DIE LINKE. Eichsfeld bedauert diese Entscheidung, sieht sie allerdings auch als nachvollziehbare Konsequenz der neoliberalen Politik aus Brüssel. Schaut man sich die Abstimmung genauer an, fällt nicht nur eine Altersdiskrepanz auf, sondern eine soziale Diskrepanz. Vor allem die Benachteiligten und Abgehängten haben für den EU-Austritt gestimmt, Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und großen sozialen Problemen. Denn genau an diesen Orten wird die EU mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen, mit mehr Lohnkonkurrenz, schlechteren Löhnen und geringeren sozialen Leistungen in Verbindung gebracht.



*Kreisvorstand (v.l.n.r.): Anna Dietrich, Ludwig Opfermann, Sigrid Hupach, Gerhard Jüttemann, Ingeborg Wiegand, Petra Welitschkin, Peter Warnke - Nicht auf dem Foto: Roland Geissler.*

Dabei war die EU ein Projekt, das den Menschen Wohlstand und Frieden versprach. Stattdessen würden Staaten nun vor allem in der Sozialpolitik zum Sparen gezwungen, während große Unternehmen und Konzerne nicht angemessen besteuert werden. In diesem Kontext ist auch der Brexit zu sehen. Das Ergebnis hat mit einer schrumpfenden Mittelschicht, ihren Abstiegängsten und dem Abbau des Sozialstaates zu tun. Und hier wird auch ganz klar deutlich, dass dies ein gesamteuropäisches Problem ist. Denn wir sehen in allen Ländern der EU das Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien, die sich aus dem Ohnmachtsgefühl derer nähren, die von der EU abgehängt und ignoriert wurden.

Die EU ist zudem ein Ort, der sich nicht als Demokratie, sondern als Lobbykratie bezeichnen lässt. Sie betreibt eine Politik für Großkonzerne und Banken, sie betreibt eine Politik gegen die Bürger. Deutlich wurde das in

den vergangenen Monaten bei TTIP, der Zulassung des wahrscheinlich krebserregenden Pestizids Glyphosat, sowie der chaotischen Flüchtlingspolitik. Bei dem Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, CETA, wird sogar offen der Plan verfolgt, dieses ohne Zustimmung der nationalen Parlamente in Kraft zu setzen, weil man über die Widerstände bei den Volksvertretern weiß. Und eine solche EU, die den Bürgerinnen und Bürgern vor den Kopf stößt und offensichtlich undemokratisch ist, muss sich über den Brexit nicht wundern.

Der Kreisverband DIE LINKE. Eichsfeld fordert deshalb einen sozialen Neustart für die EU, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Wir brauchen Europa als Friedensprojekt, das Sicherheit und Frieden für alle schafft, und nicht ein Europa der Banken und Großkonzerne. Wenn es kein grundlegendes Umdenken gibt, wird die Desintegration der EU weitergehen und scheitern.

### Termine für Juli und August

08.08.2016	17:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung, Geschäftsstelle HIG
17.08.2016	10:00 Uhr	Koordinierungsrunde, Geschäftsstelle HIG
Ende August		Fahrt nach Buchenwald (konkrete Planung erfolgt noch)
01.09. 2016		Weltfriedenstag (konkrete Planung erfolgt noch)

Herausgeber:

**DIE LINKE. Eichsfeld**

[www.die-linke-eichsfeld.de](http://www.die-linke-eichsfeld.de)

[rgeschaefsstelle@die-linke-eichsfeld.de](mailto:rgeschaefsstelle@die-linke-eichsfeld.de)

[sigrid.hupach@bundestag.de](mailto:sigrid.hupach@bundestag.de)

**DIE LINKE. Eichsfeld**

Geschäftsstelle

Marktplatz 6/7

37308 Heilbad Heiligenstadt

Tel. 03606 613552

Fax 608761

Abgeordnetenbüro

Marktplatz 6/7

37308 Heiligenstadt

Tel. 03606/6099671

Fax 6099672

**KONTO:**

Kreissparkasse

Eichsfeld

IBAN: DE12 8205

7070 0260 0016 00

BIC: HELADEF1EIC

v.i.S.d.P.: Lucas Bode

